

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

agenturen, eklatante Unterbezahlung, Misshandlungen, unrechtmäßige Strafverfolgung und fehlende soziale Sicherung. Ein bedeutender Prozentsatz der Auswanderungen bewegt sich am Rande der Legalität. Der nicht dokumentierte Migrationsfluss von Indonesien nach Malaysia wird als nach dem zwischen Mexiko und den USA wohl zweitgrößter weltweit bezeichnet. Das indonesische Arbeitsministerium hat versucht, diesen Problemen u.a. mit einem Verbot der Vermittlung von Arbeitskräften in Staaten zu begegnen, bei denen Berichte zu widrigen Umständen aus der Vergangenheit vorliegen. Die Maßnahme wird als nicht unbedingt erfolgsversprechend und wohl eher symbolischer Natur gewertet. Sie zeigt aber die generelle Anerkennung der Problematik durch die Regierung.

Parallel wird andererseits zum Beispiel seit 2012 durch das Indonesian Diaspora Network (IDN), an deren letzter Versammlung im August Vizepräsident Jusuf Kalla teilnahm, und durch Aufrufe zur abgestuften Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft auch versucht, die indonesische Diaspora als wirtschaftliches Momentum zu aktivieren und deren Potentiale effektiver zu nutzen.

Japan

Paul Linnarz (20. August 2015)

Japan ist ein Land, das mit Einwanderung am liebsten nichts oder jedenfalls möglichst wenig zu tun haben möchte.²² „Ausländer stören die Harmonie“ ist die weit verbreitete Meinung zu diesem Thema. Dementsprechend sind die Hürden für Einwanderung so hoch, dass sich 2013 nur 17 Personen für ein neu aufgelegtes Programm qualifizieren konnten. Ausländische Dienstmädchen und Hilfskräfte in der Landwirtschaft bekommen als „Praktikanten“ oder „Trainees“ befristete Visa. Zwar leidet Japan extrem unter seiner alternden und schrumpfenden Gesellschaft; Einwanderung im größeren Umfang gilt vielen dafür aber nicht als Lösung. Priorität bei der Eindämmung des Fachkräftemangels hat die Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und ältere Japaner.

2014 wurden in Japan mit rund 5.000 Asylanträgen deutlich mehr als im Vorjahr gestellt. Davon wurden jedoch nur 11 Anträge bewilligt.

Kambodscha

Denis Schrey (26.08.2015)

In Kambodschas Medienlandschaft spielt insbesondere das Thema der Wirtschaftsmigration eine wichtige Rolle. Es wird von Print- sowie Onlinemedien aufgegriffen und kritisch diskutiert.

Besonders mit Hinblick auf die Öffnung des Arbeits- und Gütermarktes im Rahmen einer vertieften wirtschaftlichen Integration durch die ASEAN Economic Community (AEC) wird von den Medien eine erhöhte Migrationsrate innerhalb der ASEAN-Zone antizipiert. Die Auswirkungen der im Rahmen der AEC propagierten Arbeitnehmerfreizügigkeit auf mögliche Migrationsbewegungen im kambodschanischen Kontext werden hierbei durchaus unterschiedlich wahrgenommen. Tatsächlich zeichnet sich hier ein geteiltes Meinungsbild innerhalb der kambodschanischen Gesellschaft ab, welches auch von den Medien so wiedergegeben wird.

Auf der einen Seite verweisen gerade Befürworter einer vertieften Integration der ASEAN Community darauf, dass durch eine Öffnung des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze innerhalb Kambodschas nun auch ausländischen Arbeitskräften zur Verfügung stehen. So sind in der

²² Vgl. OV. Bad timing. Japan and immigration. In: The Economist. <http://www.economist.com/news/asia/21644496-japan-considers-welcoming-more-foreign-workers-its-shores-best-selling-author-calls-them> [20.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Bekleidungsindustrie ca. 150.000 Stellen nicht besetzt. Besonders englischsprachendes Personal, aber auch technische Experten in anderen Sektoren werden gesucht. Da zur selben Zeit relativ wenige Arbeitskräfte aus dem Land emigrieren, erhofft man sich durch den vermehrten Zuzug neuer Arbeitskräfte aus dem ASEAN-Ausland diese Lücke zu schließen. Im Jahr 2013 migrierten beispielsweise weniger als 75.000 Menschen aus Kambodscha. Im Vergleich zu Laos, Myanmar und Indonesien ist dies ein moderater Trend. Nur 15% davon hatten einen hohen Bildungsgrad, weshalb die Gefahr des „Brain Drain“ auch für die Zukunft als relativ niedrig eingeschätzt wird.

Andererseits mehren sich die Zweifel, ob die Implementierung der AEC allein die erhoffte Arbeitsmigration nach Kambodscha anregen kann. Laut Arbeitsministerium stelle das Land zurzeit insbesondere auf Grund seines im Vergleich zu Nachbarländern wie Singapur und Malaysia relativ niedrigen Lohnniveaus nur im begrenzten Maße einen attraktiven Arbeitsstandort für ASEAN-Ausländer dar. Um daher eine Massenemigration von Farmern, ungelernen Arbeitskräften sowie der Bildungselite zu verhindern und im Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte zu bestehen, sind wohl Lohnerhöhungen im Privatsektor und Investitionen in neue Maschinerie und Technologie von Nöten.

Die Öffnung des Marktes im Rahmen der AEC und der damit ermöglichte Zuzug neuer Arbeitskräfte birgt zwar für Kambodscha eine Chance, sich weiterzuentwickeln. Gleichzeitig allerdings stellt eine vertiefte wirtschaftliche Integration der ASEAN-Staaten die Gefahr dar, dem mit dem Integrationsprozess einhergehenden Konkurrenzdruck der anderen ASEAN-Länder nicht standhalten zu können. Mit der Aussicht auf höhere Löhne und bessere Aufstiegsmöglichkeiten im Ausland wäre eine Massenemigration, nicht nur gering ausgebildeter Arbeitskräfte sondern auch der jungen, gut ausgebildeten Fachkräfte, die Folge.

Daher schwankt im Falle Kambodschas die öffentliche Wahrnehmung zwischen der Hoffnung auf die für die Entwicklung des Landes so notwendige Immigration hoch qualifizierter Arbeitskräfte auf der einen, aber auch der Furcht vor Massenauswanderung und einem möglichen „Brain Drain“ auf der anderen Seite. Es scheint, als ob große Teile der kambodschanischen Bevölkerung in einem Status der Unsicherheit verharren.

Potentielle Wirtschaftsflüchtlinge aus Kambodscha scheinen sich nicht speziell nach Europa und Deutschland zu orientieren. Vielmehr schwebt ihnen eine verbesserte Lebenssituation in Form von mehr wirtschaftlicher Sicherheit in anderen ASEAN-Staaten vor.

Im Falle Kambodschas handelt es sich bei Migranten häufig um nicht ausgebildete Arbeiter, die sich als Wirtschaftsflüchtlinge Arbeit in anderen ASEAN-Mitgliedstaaten erhoffen. Die meisten kommen aus Kambodschas ländlichen Gebieten, in denen die Agrarwirtschaft ihre einzige Beschäftigungsmöglichkeit darstellt. In der Hoffnung auf höhere Bezahlung und angesichts fehlender Fortbildungsmöglichkeiten sowie einer klaren Informationspolitik bezüglich Arbeitsmöglichkeiten in ihrem Heimatland, sehen die meist jungen Männer und Frauen keine andere Möglichkeit als Kambodscha den Rücken zu kehren.

Auch, wenn derzeit aus der oben beschriebenen Situation nicht direkt neue politische Bewegungen hervorgehen, so wurden über die letzten Monate in diesem Zusammenhang von Medien sowie politischen Parteien insbesondere zwei Entwicklungen eine übergeordnete Rolle zugesprochen:

Rückkehr kambodschanischer Fischer aus Indonesien

Erst im Juli gelang es der Regierung rund 300 kambodschanische Fischer aus der Gewalt thailändischer Menschenhändler zu befreien. Die Männer wurden teils über Jahre auf einem Schiff, was sich in indonesischen Gewässern befand, festgehalten. Die Gruppe ist allerdings nur ein Teil von tausenden Männern und Frauen aus Myanmar, Thailand und Kambodscha die unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den Schiffen hausen und zu körperlicher Schwerstarbeit gezwungen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Entsprechend ihrer offensichtlichen wirtschaftlichen Notlage und den sich daraus ergebenden ökonomischen Beweggründen zur Migration besteht zwischen den kambodschanischen Medien und Parteien Einstimmigkeit darüber, dass es sich bei den Flüchtlingen um klassische Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Andere Motive, wie etwa politische Verfolgung, spielen in diesem Kontext keine, oder nur eine sehr untergeordnete, Rolle.

Dass es der Regierung nun gelungen ist, ihren Teil dazu beizutragen, die gefangengehaltenen Flüchtlinge aus den Fängen der Menschenhändler zu befreien und offenbar die thailändische Regierung zum Einschreiten gegen solche weitverbreiteten Praktiken zu bewegen, wird von der Regierung durchaus als politischer Erfolg propagiert. Die Entwicklung hin zur vermehrten Zwangsarbeit und Ausbeutung unausgebildeter kambodschanischer Arbeitskräfte wurde allerdings nicht zum Anlass genommen, die Gründe für erhöhte Migration in Kambodscha selbst zu suchen, geschweige denn durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse aktiv bekämpfen zu wollen.

Montagnard Flüchtlinge aus Vietnam

Laut UNHCR Kambodscha überquerten seit Oktober letzten Jahres 219 (Stand: 14. August) Angehörige der Montagnard, eine im zentralen Hochland Vietnams angesiedelte indigene Bevölkerungsgruppe, die Grenze zu Kambodscha. Sie erhoffen sich, in Phnom Penh politisches Asyl beantragen zu können und geben an, in Vietnam religiöser und politischer Verfolgung ausgesetzt zu sein. Die meisten Montagnards gehören dem protestantisch-christlichen Glauben an.

Bis heute legt die kambodschanische Regierung den Flüchtlingen gegenüber eine abneigende Haltung an den Tag. Einzig gegenüber der ersten Gruppe, bestehend aus 13 Montagnards, die bereits im letzten Jahr Asyl beantragt hatte, erkannte Kambodschas Regierung den Flüchtlingsstatus an. Im Zeitraum zwischen Oktober 2014 und Juni 2015 wurden laut eines erst kürzlich von Human Rights Watch veröffentlichten Berichts mindestens 54 Montagnards abgeschoben, 109 Weiteren wurde die Möglichkeit, sich als Asylsuchende registrieren zu lassen, verweigert. Die für Flüchtlinge zuständige Dienststelle des Innenministeriums begründet ihr Vorgehen damit, die Montagnards hätten ihren Status als Asylbewerber verwirkt, da sie es versäumt hätten, diesen auch rechtzeitig bei den zuständigen Behörden geltend zu machen. Noch bis Mitte August bestritt die Flüchtlingsbehörde die Existenz der Montagnards in Kambodschas Hauptstadt gänzlich.

Bereits zwischen 2001 und 2011 flohen tausende Montagnard Asylbewerber nach Kambodscha. Im selben Zeitraum wurden mehr als 2000 anerkannte Flüchtlinge in die Vereinigten Staaten umgesiedelt. Als 2011 das Flüchtlingszentrum der Vereinten Nationen in Phnom Penh geschlossen wurde, erklärte die Regierung das Umsiedlungsprogramm für beendet und riet den Montagnards mangels Erfolgsaussicht kurz darauf öffentlich zum Asylantrag in Kambodscha ab. In diesem Sinne scheint die Regierung ihrer Ankündigung von damals nun Rechnung zu tragen.

Interessanterweise scheint die größte Oppositionspartei des Landes mit Hinblick auf die Montagnard-Thematik gänzlich verstummt. Ob sich daraus allerdings auch Zustimmung ableiten lässt, ist vor dem aktuellen fragilen politischen Hintergrund Kambodschas keineswegs gewiss.

Die Flüchtlingssituation an den Grenzen zur Europäischen Union oder gar speziell in Deutschland spielt in den kambodschanischen Printmedien eine sehr geringe, untergeordnete Rolle. Es wird zwar über die europäische Flüchtlingssituation im Allgemeinen berichtet, allerdings geschieht dies nur im gesonderten „Internationalen Teil“ der beiden größten englischsprachigen Zeitungen des Landes (The Phnom Penh Post, The Cambodia Daily) und wird nicht in einen Bezug zum kambodschanischen Kontext gesetzt. Vielmehr handelt es sich in den meisten Fällen um vorgefertigte, sachliche Zusammenfassungen von Nachrichtenagenturen, wie etwa Reuters oder AP. Statt Analysen oder Meinungsbeiträgen kambodschanischer Journalisten zur Flüchtlingssituation in Europa scheint – zumindest im Falle der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

beiden englischsprachigen Tageszeitungen – die im Zuge des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes hitzig geführte Debatte um einen verstärkten Grenzzaum entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze Kambodschas Medienlandschaft zu dominieren.

Im Hinblick auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat insbesondere Kambodschas Bereitschaft zur Aufnahme zahlreicher Flüchtigen, die aus Australien umgesiedelt werden sollen, für viel Aufmerksamkeit gesorgt.

Im Juni diesen Jahres trafen die ersten vier von einer nicht weiter spezifizierten Anzahl an Flüchtlingen, auf deren Aufnahme sich die kambodschanische Regierung mit ihrem australischen Pendant bereits im Februar verständigt hatte, in Phnom Penh ein.

Die Flüchtlinge sind nur ein Bruchteil von hunderten Weiteren, die sich derzeit auf der Inselnation Nauru im Südpazifik aufhalten und die Ersten, die sich bereit erklärten, im Rahmen des freiwilligen Umsiedlungsprogramms nach Kambodscha überzusiedeln. Im Gegenzug verpflichtete sich die australische Regierung, 31 Millionen US-Dollar an zusätzlicher Entwicklungshilfe für Kambodscha bereitzustellen sowie die im ersten Jahr nach Übersiedlung anfallenden Kosten für jeden Flüchtling, der sich zur freiwilligen Teilnahme am Programm bereit erklärt, zu übernehmen.

NGOs, wie etwa Human Rights Watch, Freedom House und UNHCR, aber auch Oppositionsparteien beider Länder kritisieren das Umsiedlungsprogramm zum Teil scharf. Sie verweisen auf starke Armut in großen Teilen der kambodschanischen Bevölkerung und werfen der Regierung anhaltende Menschenrechtsverletzungen vor. Unter diesen Umständen sei es nur schwer vorstellbar, dass die kambodschanische Regierung ihrer Verantwortung, die die Aufnahme von Flüchtlingen mit sich bringt, wird gerecht werden können.

Eine besondere Rolle bei der Umsetzung des Umsiedlungsplans kommt der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu. Zwar erklärte man sich bereit, die kambodschanische Regierung bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu unterstützen. Allerdings knüpften die Verantwortlichen ihre Hilfe an die Bedingung, nicht nur die nun aus Australien eingetroffenen, sondern auch die teils seit Jahren in Kambodscha ansässigen Flüchtlinge mit entsprechenden Arbeitspapieren und anderen zur Arbeitsbeschaffung notwendigen Dokumenten auszustatten. Ein Zweiklassensystem innerhalb Kambodschas Flüchtlingsbevölkerung solle somit verhindert werden.

Malaysia

Jan Senkyr (27.08.2015)

In Malaysia leben laut Schätzung der Weltbank zwischen 2 und 4 Millionen Ausländer (Gesamtbevölkerung 30 Millionen), mehr als die Hälfte davon haben keine reguläre Arbeits- oder Aufenthaltsgenehmigung. Ein Großteil der Migranten befindet sich auf der Malaiischen Halbinsel, nur etwa 20 Prozent der Ausländer leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak in Ostborneo. Malaysias Wirtschaft ist stark von ausländischen Arbeitskräften abhängig und deren Rekrutierung wird von der Regierung aktiv gefördert. Gastarbeiter kommen vor allem aus Indonesien, Nepal und Bangladesch, in letzter Zeit aber auch verstärkt aus Myanmar und Kambodscha. Andere Ursprungsländer von Migranten sind die Philippinen, Indien, Vietnam, Pakistan, Thailand, China und Sri Lanka, deren Anteil ist aber im Vergleich geringer. Nur im Bundesstaat Sabah in Ostborneo ist auf Grund der geographischen Nähe zu den Philippinen die Zahl der philippinischen Einwanderer am höchsten. Ausländer sind in Malaysia vor allem in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft (Palmölplantagen) beschäftigt.

Neben den ausländischen regulären und irregulären Arbeitskräften hat in der letzten Zeit aber auch die Zahl der Flüchtlinge deutlich zugenommen. War Malaysia in der Vergangenheit vor allem Transitland für die Migration nach Australien, ist das südostasiatische Schwellenland mittlerweile auch zum Zielland für Flüchtlingsströme geworden. Zugespitzt hat sich